

Brexit | 02.06.2016 | Lesezeit 2 Min.

## Alternativen zur EU wären teuer

*Treten die Briten aus der EU aus, könnten sie zum Beispiel ähnliche Beziehungen zu Brüssel knüpfen wie Norwegen oder die Schweiz. Gegenüber dem Status quo hätten aber alle Alternativen entscheidende Nachteile.*

---

**1. Eine Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)**, zu dessen Mitgliedern zum Beispiel Norwegen zählt, wäre für das Vereinigte Königreich die nächstliegende Option. Ähnlich wie die Skandinavier hätten die Briten dann weiterhin Zugang zum Binnenmarkt - allerdings nicht kostenfrei.

---

Das "Modell Norwegen" könnte die Briten leicht 2,8 Milliarden Euro pro Jahr kosten - und mehr.

---

Norwegen muss zum Beispiel von 2014 bis 2021 jährlich fast 400 Millionen Euro an 15 ärmere EU-Staaten zahlen.

**Da das britische Bruttoinlandsprodukt etwa siebenmal so hoch ist wie das norwegische, könnten auf die Briten Verpflichtungen von etwa 2,8 Milliarden Euro pro Jahr zukommen.**

Der Preis des „Modells Norwegen“ ist allerdings noch höher. Denn als Mitglied des

EWR wäre Großbritannien verpflichtet, die Regeln des Binnenmarktes zu übernehmen, ohne über deren Weiterentwicklung mitbestimmen zu können. Norwegen etwa musste in diesem Zusammenhang rund drei Viertel aller EU-Gesetze in nationales Recht überführen. Zudem müssen norwegische Unternehmen nachweisen, dass ihre Produkte hauptsächlich im EWR erzeugt wurden, um zollfrei in die EU exportieren zu können.

## **Bilaterale Abkommen sichern keinen freien Binnenmarktzugang**

**2. Bilaterale Abkommen mit der EU**, so wie sie die Schweiz vereinbart hat, wären eine zweite Alternative nach dem Brexit. Allerdings hat die Schweiz für ihre Dienstleistungen nur sehr bedingt freien Zugang zum EU-Binnenmarkt bekommen. Das wäre für Großbritannien ein Problem. So käme das Land sehr wahrscheinlich nicht mehr in den Genuss der einheitlichen Bankenlizenz, wonach eine in einem EU-Land zugelassene Bank ihre Dienste auch in allen anderen Mitgliedsstaaten anbieten kann. Britische Banken müssten künftig in jedem EU-Land zu hohen Kosten eine Niederlassung beantragen.

## **Hohe Zollkosten drohen**

**3. Die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation** wäre für das Vereinigte Königreich die Rückfallposition, wenn kein Abkommen mit der EU zustande käme. Dann aber müssten britische Exporteure wieder Zölle zahlen, um ihre Produkte in der EU verkaufen zu können – das kann im Einzelfall sehr teuer werden (Grafik):

**Für Milchprodukte erhob die EU im Jahr 2014 einen Einfuhrzoll von gut 42 Prozent.**

## EU-Binnenmarkt: Die Eintrittspreise

Von der EU erhobene durchschnittliche Außenzollsätze im Jahr 2014 in Prozent



Quelle: Welthandelsorganisation  
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Der durchschnittliche Zollsatz für alle Güter betrug zwar nur 5,3 Prozent. Doch vor allem bei Produkten mit harter Preiskonkurrenz fällt auch ein solcher Aufschlag ins Gewicht.

### **Kernaussagen in Kürze:**

- Eine Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum könnte für die Briten Verpflichtungen von etwa 2,8 Milliarden Euro pro Jahr mit sich bringen.
- Ein eingeschränkter Zugang zum Dienstleistungs-Binnenmarkt wäre für Großbritannien ein Problem.
- Bei einer bloßen Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation müssten die Briten die EU-Außenzölle zahlen - diese betragen im Jahr 2014 je nach Gütergruppe bis zu 42 Prozent.